„Wir sind zur Freiheit und zur Unabhängigkeit bereit“

von Ghassan Khatib[1]

Nach der letzten Sitzung des Exekutivausschusses der PLO würde offiziell deren Absicht verkündet, bei den Vereinten Nationen um die Hilfe der internationalen Gemeinschaft nachzusuchen, die Besatzung der palästinensischen Territorien einschließlich Ost-Jerusalems durch Israel zu beenden, um die [palästinensische] Freiheit und Unabhängigkeit zu erreichen sowie in den Genuss der legitimen Rechte der Selbstbestimmung in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und mit UN-Resolutionen zu kommen.

Die PLO begründete ihre Ankündigung mit der Erklärung, dass die Priorität der palästinensischen Führung gültig bleibt, ein bilaterales Abkommen über zwei Staaten mit Israel zu erreichen, und nur dann, wenn [diese Absicht] bis zum September fehlschlägt, die Führung sie bei den Vereinten Nationen weiterverfolgt. Dies ist auch durch wiederholte Erklärungen des palästinensischen Präsidenten klargestellt worden. Er hat keine Gelegenheit versäumt zu betonen, dass die Priorität der Führung bei der Wiederaufnahme glaubwürdiger Friedensverhandlungen auf der Grundlage klarer Rahmenbedingungen liege, die von der Konferenz in Madrid [30. Oktober bis 01. November 1991] festgelegt wurden, das heißt das Prinzip „Land für Frieden“ in Verbindung mit der Arabischen Friedensinitiative [27./28. März 2002] und der „Road Map“ [Ende April 2003]. Die palästinensische Führung ist jedoch nicht an Gesprächen um der Gespräche willen interessiert.

---

[1] Ghassan Khatib ist der Leiter des Presseamtes der Palästinensischen Autonomiebehörde („Government Media Center“) in Ramallah und gemeinsam mit Yossi Alpher der Herausgeber des Internet-Portals „bitterlemons“. Der Beitrag erschien dort am 04. Juli 2011. Übersetzung aus dem Englischen von Reiner Bernstein.

Der Hauptgrund für die Entscheidung der PLO ist das Fazit, dass Israel bilaterale Verhandlungen manchmal vermieden und manchmal ausgenutzt hat, um seine Besatzung der Westbank und des Gazastreifens zu konsolidieren und illegale Siedlungen zu erweitern. Die gegenwärtige israelische Regierung hat sich nicht bemüht, dies zu leugnen. So hat kürzlich ein Berater von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärt, dass die Idee von Verhandlungen über die Grenzen von 1967 mit einem gleichwertigen Gebietsaustausch für den Ministerpräsidenten ein „Witz“ sei und dass Israel kein Land für einen Austausch habe.

Deshalb ist die palästinensische Absicht, für [die] Diskussion über den palästinensisch-israelischen Konflikt durch die internationale Gemeinschaft vor den Vereinten Nationen zu sorgen, keineswegs eine einseitige Maßnahme, wie Israel behauptet. Es ist vielmehr ein legitimer Schritt, die internationale Gemeinschaft nach fast 20 Jahren bilateraler Verhandlungen einzubeziehen, die uns den Zielen des Friedens auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung nicht nähergebracht haben. Außerdem gibt es keinen Widerspruch zwischen anhaltenden Bemühungen um die Wiederaufnahme inhaltsreicher Friedensverhandlungen und internationalen Bemühungen, die dazu beitragen können, einen Rahmen für künftige bilaterale Verhandlungen zu entwickeln.

Es war deshalb für die Palästinenser sehr schwer zu verstehen, dass der US-Senat damit gedroht hat, die amerikanische Finanzhilfe an die Palästinensische Autonomiebehörde einzustellen, wenn sich die PLO auf dieser Basis an die Vereinten Nationen wendet[2]. Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen können bestraft werden, wenn sie das internationale Recht verletzen. Es ist jedoch eine Ironie, von Drohungen an die Adresse eines Volkes und seiner Führung zu hören, wenn diese sich an die Vereinten Nationen

[2] Einzelheiten dazu in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage unter dem 29.06.2011.

wenden, um friedliche und juristische Mittel für die Beendigung einer militärischen Okkupation zu diskutieren, welche die Weltgemeinschaft [die Vereinten Nationen] als kampflustig und illegal betrachtet.

Palästinenser ziehen nicht vorzeitig vor die Vereinten Nationen. Zunächst erfüllen sie ihre Verpflichtungen, wirkungsvolle und mündige Regierungseinrichtungen aufzubauen, die in der Lage sind, die Institutionen eines unabhängigen Staates zu sein, wie ihnen das die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und UN-Einrichtungen attestiert haben. Zum zweiten wenden sich Palästinenser an die Vereinten Nationen nach zwei Jahrzehnten bilateraler Verhandlungen und erst nach Beendigung des Jahres im September, das für die letzte Runde bilateraler Gespräche vorgesehen war, die von der US-Administration ausgerufen wurde[3]. Mit anderen Worten: Die Palästinenser wenden sich an die Vereinten Nationen, um der internationalen Gemeinschaft zu sagen: „Wir sind zur Freiheit und zur Unabhängigkeit bereit. Sind Sie bereit, uns dabei zu helfen?“

Die internationale Gemeinschaft hat drei Optionen: Entweder kann sie eine Diskussion vermeiden helfen, indem sie Israel davon überzeugt, die Ausdehnung von Siedlungen zu stoppen und Verhandlungen über zwei Staaten auf der Grundlage der 1967er Grenzen wiederaufzunehmen. Oder sie kann ihre Verantwortung bei den Vereinten Nationen für eine Resolution wahrnehmen, welche einen unabhängigen palästinensischen Staat in den 1967er Grenzen etabliert, der in Frieden mit allen seinen Nachbarn einschließlich Israels lebt. Die Alternative dazu ist natürlich die, die palästinensische Führung zu enttäuschen, was darauf hinausläuft,

[3] Khatib spielt auf die Erklärung von US-Präsident Barack Obama am 23.09.2010 vor der UN-Vollversammlung an: „Wenn wir im nächsten Jahr hier wieder zusammenkommen, können wir schon ein Abkommen haben, das uns zu einem neuen UN-Mitglied führt: einem unabhängigen, souveränen Staat Palästina, der in Frieden mit Israel lebt.“

sie der Gnade der israelischen Besatzung und der palästinensischen Opposition auszuliefern – ein Kurs, der mit Sicherheit diesen Konflikt in eine völlig neue Phase drängen wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-